

Klimageld für den sozial verträglichen Klimaschutz

Der Bundesvorstand des Kolpingwerks Deutschland fordert die Bundesregierung auf, die Einführung eines Klimageldes umgehend umzusetzen. Dieses Klimageld soll als direkte Rückerstattung der Einnahmen aus der nationalen CO₂-Bepreisung an alle Bürger*innen ausgezahlt werden.

Das Kolpingwerk Deutschland setzt sich mit dieser Forderung gemäß seinem Leitbild für mehr Solidarität, Gerechtigkeit, Klimaschutz und Demokratie ein und stellt sich an die Seite weiterer Verbände wie beispielsweise die Arbeiterwohlfahrt, IG Bau, Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV), Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Diakonie Deutschland, Sozialverband VdK, WWF und Greenpeace.

Emissionen und CO₂-Preis

Anfang 2021 führte die damalige Bundesregierung einen CO₂-Preis ein, um die Emissionen aus fossilen Brennstoffen in den Bereichen Verkehr und Wärme zu reduzieren. Die Verteuerung fossiler Energie durch steigende CO₂-Preise ist angesichts der Klimakrise notwendig. Das eingenommene Geld wird in Klimaschutzmaßnahmen und den Aufbau einer klimafreundlichen Wirtschaft reinvestiert. Gleichzeitig braucht es zwingend einen sozialen Ausgleich.

Anfang 2024 stieg der CO₂-Preis von 30 auf 45 Euro pro Tonne. In den nächsten Jahren wird diese Bepreisung stetig weiter angehoben (im Jahr 2025 um weitere 22 Prozent). Um den Preisanstieg zu kompensieren, verspricht die aktuelle Bundesregierung bereits zum Amtsantritt in ihrem Koalitionsvertrag, einen sozialen Kompensationsmechanismus zu entwickeln. Das ist es, was das Klimageld leistet (Quelle: [Koalitionsvertrag 2021 – 2025](#)).

Die Einführung eines Klimageldes ist ein entscheidender Schritt, um soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz miteinander zu verbinden. Die Maßnahme bietet mehrere Vorteile.

1. Solidarität und Gerechtigkeit

Die jährlichen Preissteigerungen durch die Anhebung des CO₂-Preises treffen mittlere und untere Einkommenshaushalte besonders stark. Sie müssen einen hohen Anteil ihres Einkommens für Energie aufwenden. So machen nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bei den einkommensschwächsten Haushalten die Kosten für Wärme und Strom durchschnittlich 14 Prozent ihres Einkommens aus – bei den einkommensstärksten sind es dagegen nur 3,2 Prozent (Quelle: [DIW](#)).

Gleichzeitig haben diese Haushalte nur selten die finanziellen Möglichkeiten, sofort auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen. Sie leben häufiger zur Miete in schlechter gedämmten Häusern und können damit beim Heizen weniger leicht sparen als etwa Menschen in einem neuen energieeffizienten Haus (Quelle: [Öko-Institut](#) & [Greenpeace](#)). Das Ausbleiben des Klimageldes bedeutet für diese

Bürger*innen, dass der Alltag teurer wird, ein Ausgleich dafür aber ausbleibt. Hierzu zählen auch junge Menschen, die in der Regel über geringe oder moderate finanzielle Mittel verfügen.

Durch die Einführung eines Klimageldes können diese Haushalte gezielt entlastet und soziale Härten abgefedert werden. Dadurch wird entsprechend zu unserem christlichen Verständnis soziale Ungerechtigkeit reduziert und der solidarische Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gefördert.

2. Klimaschutz

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind nicht voneinander zu trennen. Wer Probleme hat, die nächste Heizkostenrechnung zu zahlen, ist nur schwer für Klima- und Naturschutz zu gewinnen und gleichzeitig von den Auswirkungen des Klimawandels überproportional stark betroffen.

Durch die Kopplung des Klimageldes an den CO₂-Preis wird jedoch eine Lenkungswirkung und ein sozialer Ausgleich geschaffen, um das Verhalten von Bürger*innen in Richtung klimaschonender Handlungen zu beeinflussen und gleichzeitig die gesellschaftliche Akzeptanz für Klimaschutz zu erhöhen.

Denn das Klimageld entlastet finanziell diejenigen, die weniger CO₂ verursachen. Es entsteht ein Anreiz, den eigenen CO₂-Fußabdruck zu reduzieren, beispielsweise durch das Einsparen von Energie oder den Umstieg auf klimafreundlichere und energieeffizientere Alternativen. Gleichzeitig wird die Akzeptanz und Unterstützung für notwendige Klimaschutzmaßnahmen und deren Kosten gefördert. Es wird ein Zeichen gesetzt, dass es sich auch finanziell lohnt, das Klima zu schützen.

3. Demokratisches Vertrauen

Das Klimageld bietet Vorteile für die gesamte Bevölkerung. Neben dem finanziellen Nutzen wird durch die transparente Verwendung der Einnahmen der CO₂-Bepreisung das Vertrauen der Bürger*innen in die (Klima-)Politik der Regierung gefördert.

Eine Nichteinführung oder verspätete Einführung des Klimageldes würde vor allem jenen extremistischen und „klimaskeptischen“ Parteien in die Hände spielen, die den Klimaschutz für überflüssig halten und ihn nur als Belastung für die Bürger*innen darstellen.

Berechnungsbeispiel

Im Jahr 2023 wurden Einnahmen in Höhe von 10,7 Milliarden Euro durch die nationale CO₂-Bepreisung für Wärme und Verkehr generiert. Bei einer Bepreisung von 30 Euro pro Tonne CO₂ und einer Bevölkerung von 84,7 Millionen Bürger*innen wurden im Schnitt ca. 4,2 Tonnen CO₂ pro Person bepreist.

Anfang 2024 wurde der CO₂-Preis auf 45 Euro erhöht. Im nächsten Jahr wird der Preis planmäßig auf 55 Euro steigen. Auch in den darauffolgenden Jahren wird der CO₂-Preis weiter ansteigen. Wie hoch genau, lässt sich nicht genau vorhersagen, da die Preisbildung ab 2027 am freien Markt erfolgt. Entsprechend ist auch schwer kalkulierbar, wie die Belastung für die Bürger*innen entsprechend zunimmt.

Um diese Belastung abzufedern, könnte das eingenommene Geld jedoch vollständig oder in Teilen an die Bevölkerung zurückgegeben werden. Bei einer vollständigen, gleichmäßigen Verteilung hätten im

Jahr 2024 alle Bürger*innen ein Klimageld von circa 130 Euro erhalten (Quelle: [Mercator Research Institute](#)). Mit einer sozialen Staffelung bei der Auszahlung könnte das Ziel einer Entlastung zusätzlich verstärkt werden.

Bei einer anteiligen Auszahlung stehen die übrigen Mittel weiter für den Klima- und Transformationsfonds zur Verfügung.

Weitere Einnahmen aus dem europäischen Emissionshandel sind in dieser Rechnung nicht berücksichtigt und stehen dem Klima- und Transformationsfonds weiter zur Verfügung. Im Jahr 2023 waren das Mittel in der Höhe von 7,7 Milliarden Euro.

Finanzierung

Zur Finanzierung des Klimageldes ist der Klima- und Transformationsfonds zu reformieren, sodass die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung freigemacht werden. Die nötigen Mittel lassen sich aus der im Koalitionsvertrag versprochenen Reform klimaschädlicher Subventionen gewinnen. Laut einer aktuellen Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz beläuft sich die Höhe staatlicher Subventionen und Steuererleichterungen mit klimaschädlicher Wirkung auf über 35 Milliarden Euro (Quelle: [Klima-Allianz Deutschland](#)).

Fazit: Klimaschutz geht nur sozial gerecht!

Die Einführung eines Klimageldes ist ein wichtiger Schritt, um die Herausforderungen des Klimawandels solidarisch und gerecht zu bewältigen. Es stärkt den sozialen Zusammenhalt und fördert den Klimaschutz. Der Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland appelliert daher an die Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung eines Klimageldes unmittelbar in die parlamentarische Beratung einzubringen.

Eine soziale Ausgestaltung der Kosten des Klimawandels ersetzt dabei in keiner Weise die notwendigen politischen Anstrengungen zur Reduktion der Ursachen von Treibhausgasen. Alle unsere Anstrengungen müssen auf die Einhaltung der Vorgaben des Pariser Klimaabkommens und des nationalen Klimaschutzgesetzes ausgerichtet sein

Der Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland

Paderborn, 30./31. August 2024